

2010-08-11

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.05.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:15 Uhr
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

Es fehlten entschuldigt:

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Behindertenbeauftragte

Scheer-Daniel, Barbara

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wurde pünktlich durch den Ausschussvorsitzenden eröffnet.

2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die form- und fristgemäße Ladung zur Sitzung wurde festgestellt.

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2010

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 13. April 2010 wurde mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 13. April 2010 waren keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten

Herr Dr. Raschpichler führte zu Rückfragen aus der letzten Stadtratssitzung bezüglich der Arbeit des Ausschusses für Gesundheit und Soziales aus:

- Der Seniorenreport ist als eine Art Bestandsaufnahme zu betrachten, weil wir dies zum Jahresende mit einem Konzept unterlegen wollen. Der Seniorenreport soll dem Leitbild angepasst werden.
Das Leitbild ist derzeit im Diskussionsprozess. Zuerst erfolgt die Erstellung des Leitbildes, danach die Erstellung der einzelnen Fachplanungen.
- Die Struktur des Amtes 50 befindet sich derzeit in der Enddiskussion. Beigeordneter geht davon aus, die neue Struktur des Sozialamtes in der nächsten Ausschusssitzung vorstellen zu können. Die Struktur muss auch im Hauptausschuss beraten werden.
- Für das Waldbad wurde ein Betreiber für die Saison 2010 mit einem befristeten Pachtvertrag gebunden, um weitere Optionen für dieses Bad zu ermöglichen.
- Die Wiederbelebung des Sozialen Tisches wird angestrebt. Auf Initiative der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände wird in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung die Neugründung und Neukonstituierung des Sozialen Tisches am 15. Juni 2010 erfolgen.
- Die Satzung für den Seniorenbeirat und die Satzung für den Behindertenbeirat sind Dauerthemen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde angeregt, eine Grundstruktur für alle Satzungen zu entwickeln. Für die Senioren für die Behinderten sind die Satzungen auf einem guten Weg.
- In Bearbeitung ist derzeit die Erstellung von Leistungsverträgen. Diese Verträge mit einer Laufzeit von mindestens zwei Jahren sollen den Trägern von Dienstleistungen sozialer Art Planungssicherheit geben. Es wird aber auch über die Höhe der Zuwendungen verhandelt werden. Diese Verträge sollen in der nächsten Woche in der DB OB dem Grunde nach beschlossen werden.
Der Beigeordnete für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur unterbreitete den Vorschlag, die Ausschussmitglieder mittels Anhang an die Niederschrift über den Wortlaut der Verträge zu informieren.
- Gemeinsam mit dem Jobcenter SGB II Dessau-Roßlau wird das Interessenbekundungsverfahren eingeleitet, um sich am bundesweiten Modellprojekt Bürgerarbeit zu beteiligen. Wir möchten uns mit ca. 200 Bürgerarbeitsplätzen beteiligen. Wie dies alles umgesetzt werden soll, wird im Ausschuss für Gesundheit und Soziales

berichtet werden, wenn die Stadt mehr Klarheit zum Modellprojekt hat.

Herr Dr. Plettner ergänzte die Information zum Waldbad und gab bekannt, dass der Pächter das Waldbad zum 01. Juni 2010 eröffnen wird.

Weiterhin sprach er ein Problem zum Freien Tisch in der Grundschule Elballee an. Es geht hierbei um drei Kinder, wovon lt. Nachfrage beim Schulverwaltungsamt nur einem Kind der Freie Tisch länger als drei Monate gewährt werden kann. Wie können wir da helfen?

Herr Dr. Raschpichler sagte zu, die Angelegenheit prüfen zu lassen.

Frau Andrich äußerte die Bitte, bevor wir uns für die Bürgerarbeit entscheiden, sollten wir uns einen Film zur Bürgerarbeit im Mansfelder Land ansehen.

Weiterhin stellte sie den Antrag auf Teilnahme von Frau Erxleben am nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

Diesem Antrag wurde durch die Ausschussmitglieder stattgegeben.

Frau Erxleben wies darauf hin, dass das jetzige Modellprojekt zur Bürgerarbeit ein neues Projekt ist. Beim alten Projekt Bürgerarbeit, auf das sich der angesprochene Film bezieht, sind einige Probleme aufgetreten, die auch bekannt sind. Derzeit gibt es ein Interessenbekundungsverfahren zum Modellprojekt; die Unterlagen wurden versandt. Inwieweit wir in die engere Auswahl kommen, wissen wir erst Ende Juni.

Herr Busch:

- Das Umweltbundesamt hat sich zu den Tafelgärten positioniert. Frage an Herrn Kauß, wie der aktuelle Stand ist.
- Er konnte in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales keine Meinungsäußerung des Sozialdezernenten zum Integrationsbeirat erkennen. Möchte die Meinung von Herrn Dr. Raschpichler zur Thematik hören.
- Möchte an sein Schreiben zur Beiratstätigkeit erinnern, auf das er seit ca. 6 Wochen eine Antwort erwartet.
- Herr Giese-Rehm hatte im Stadtrat einige Beratungspunkte für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales angesprochen. Herr Busch ergänzte dies dahingehend, dass er vorschlug, dass der Ausschuss sich Vor-Ort-Termine macht.

Herr Dr. Raschpichler:

- Wenn Herr Busch auf einer schriftlichen Antwort besteht, wird er diese erhalten. Er hatte ihm z. T. schon mündlich geantwortet.
- Hinsichtlich Vor-Ort-Sitzungen werden keine Probleme gesehen.
- Vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Dreibrodt, war mehrfach angeregt worden, ihm Themen/Probleme, die beraten werden sollten, zuzureichen. Wir können nur die Beratungspunkte aus der Sicht der Verwaltung benennen.

- Zum Thema Integrationsbeirat hatte ich in der letzten Ausschusssitzung deutlich gemacht, dass in der Hauptsatzung steht, dass Beiräte gebildet werden sollen. Ich hatte auch deutlich gemacht, dass es sinnvoll wäre eine Grundstruktur der Satzung für alle Beiräte zu erarbeiten und diese spezifisch zu untersetzen. Derzeit gibt es eine Mustersatzung, in der die Grundregularien verankert sind. Die inhaltlichen Punkte der Satzungen müssen selbstverständlich unterschiedlich sein.

Herr Kauß berichtete, dass durch das Tiefbauamt eine Arbeitsgruppe, die sich mit der demografischen Entwicklung und den Auswirkungen im Kleingartenwesen beschäftigt, berufen wurde. Diese Arbeitsgruppe versucht, Maßnahmen und Projekte zu realisieren, u. a. das Projekt Tafelgärten. An einer dieser Sitzung hat er teilgenommen und die erforderlichen Arbeiten für die Umsetzung des Projektes Tafelgärten wurden gemeinsam mit dem Stadtverband Gartenfreunde beraten. Festgestellt wurde, dass dieses Projekt frühestens in der nächsten Förderperiode realisiert werden kann.

Herr Dr. Raschpichler:

Zu dieser Thematik gibt es noch keine andere Interpretation.

Herr Busch:

Bürgerarbeit ist Bundesmodell. Es gibt andere Kommunen, die eigene Projekte, die nichts mit Bürgerarbeit zu tun haben, aufstellen, z. B. Projekte auf dem Energiesektor. Warum geht das bei uns nicht?

Herr Dr. Raschpichler:

Bürgerarbeit ist nicht das, was unter einem dritten öffentlichen Beschäftigungssektor zu verstehen ist. Begleitende Maßnahmen sollen ermöglichen, die Erwartungen, die wir an die betreffenden Menschen stellen, zu erfüllen.

Herr Trocha erklärte, dass ihn die Antwort zu den Tafelgärten nicht befriedige. Er möchte eine Terminsetzung bis wann die Ausschussmitglieder eine Antwort erhalten.

Herr Dr. Raschpichler:

Das Projekt Tafelgärten war nicht bewilligungswürdig für das Jobcenter.

Frau Andrich:

Die IHK Halle-Dessau hatte dieses Projekt abgelehnt, aber andere IHK, z. B. Magdeburg, hatten zugestimmt und dort gibt es dieses Projekt auch. Wir wollen nicht die Gartenvereine unterstützen, sondern brachliegende Gärten bewirtschaften, um sozial Schwache zu unterstützen.

Frau Griebisch wies darauf hin, dass ein bei der Tafel ein sehr großes Angebot an Obst und Gemüse gibt.

Herr Puttkammer schlug einen Vor-Ort-Termin bei der Tafel vor, damit sich die Ausschussmitglieder selbst informieren können.

Herr Dr. Raschpichler unterbreitete den Vorschlag, dass wir uns die unterschiedlichen Meinungen der IHK in einer Ausschusssitzung anhören sollten.

Herr Puttkammer ergänzte, dass sich das Rechtsamt darauf vorbereiten sollte, um rechtliche Spielräume diesbezüglich auszuloten.

Herr Scholz berichtete, dass Bürger an ihn herangetreten sind und ihn gebeten haben, folgenden Vorschlag an die Verwaltung weiterzugeben: Für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten sollte eine Stiftung eingerichtet werden.

Herr Dr. Raschpichler antwortete, dass Stiftungen juristisch klar geregelt sind. Wir nehmen als Verwaltung den Prüfauftrag gern an. Wenn es gewünscht wird, prüfen wir die Vor- und Nachteile einer Stiftung gegenüber dem Eigenbetrieb.

Frau Stöbe wies darauf hin, dass der Eigenbetrieb momentan ganz neu ist. Es sollten erst einmal Erfahrungen gesammelt werden.

Herr Dreibrodt erinnerte an die letzte Ausschusssitzung, in der über die Berufung von maximal drei sachkundigen Bürgern für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales gesprochen worden war. Er hat bisher aber noch kein Echo aus den Fraktionen erfahren.

Herr Puttkammer schlug seitens der CDU-Fraktion vor, Frau Heinrich, Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes Dessau, als sachkundige Bürgerin in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu berufen.

Herr Busch war sicher, dass seitens der Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN auch eine Person ausgesucht worden war, die Meldung war aber wahrscheinlich noch nicht erfolgt.

Seitens der Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau wurde ebenfalls angezeigt, dass die Meldung nachgereicht wird.

7. Bericht zur Neuausrichtung der Unterbringung von Personen nach § 1 Aufnahmegesetz LSA

Frau Paesold führte zum TOP aus:

Im Jahr 2005/2006 wurde zu dieser Thematik letztmalig berichtet als wir die Landesaufnahme für Kontingentflüchtlinge aufgelöst haben. Zwischenzeitlich haben sich sowohl die gesetzliche Änderungen als auch Veränderungen in der Kapazität der Aufnahmestelle ergeben.

Die Zahl der zugewiesenen Asylbewerber ist seit einigen Jahren kontinuierlich zurückgegangen.

In der Gemeinschaftsunterkunft Schwarzer Weg 2 waren bisher Einzelpersonen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz untergebracht. Familien werden bereits seit 2005 in Kooperation mit der DWG in Wohnungen untergebracht.

Im Jahr 2008 hat das Innenministerium LSA per Erlass die Verfahrensweise für Personen ohne Bleiberecht geändert. Diese Personen werden für mindestens ein Jahr in der ZAST Halberstadt untergebracht.

Aufgrund dieser geänderten Verfahrensweise konnten wir eine rückläufige Zahl an zugewiesenen Personen verzeichnen. Die Aufnahmekapazitäten, die vertraglich vereinbart sind, wurden überdacht.

Durch die dezentrale Unterbringung von Familien seit 2005/2006 ist ein anderer Umgang mit z. B. Ordnung und Sauberkeit zu verzeichnen.

Aktuell wollen wir die Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit der DWG auch in Wohnungen unterbringen, getrennt nach ethnischen Gruppen, getrennt nach Männern und Frauen.

Daraus ergeben sich Einsparungen für den Städtischen Haushalt im Jahr 2010 in Höhe von 10 T EUR und im Jahr 2011 in Höhe von 60 T EUR.

Die Betreuung dieser dezentral untergebrachten Personen erfolgt durch die St. Johannis GmbH als Träger der gesonderten Beratung und Betreuung nach dem Aufnahmegesetz LSA.

Herr Dr. Plettner erfragte, ob es sich bei den Wohnungen um Leerstandswohnungen der DWG handelt.

Frau Paesold:

Die Wohnungen sind freier, vermietbarer Wohnraum der DWG innerhalb des gesamten Stadtgebietes.

Herr Puttkammer:

Betrifft dies auch Personen mit abgeschlossenen Asylverfahren?

Frau Paesold:

Das sind Personen mit einer Duldung

Herr Puttkammer gab zu bedenken, wenn für diese Personen eine Duldung ausgesprochen wird, dann müsste auch eine Arbeitsgenehmigung erteilt werden. Wir finanzieren Wohnungen für Personen, die sich die Miete selbst erarbeiten könnten und dies auch wollen.

Bei der Unterbringung der Einzelpersonen in verschiedenen Häusern besteht die Gefahr, dass sich die Bevölkerung unangenehm beeinflusst fühlt. Andererseits birgt die komplette Unterbringung in einem Haus die Gefahr der Gettoisierung.

Frau Paesold:

Diese Bedenken können wir zerstreuen. Die Erfahrungen mit den bisher untergebrachten Familien

Wir beabsichtigen, die Einzelpersonen dort mit unterzubringen, wo schon Familien sind.

Frau Andrich fragte wie das Objekt Schwarzer Weg 2 nachgenutzt wird.

Wie sollen die Personen untergebracht werden, mehrere Personen in einer Wohnung? Der Vorschlag der Unterbringung dieses Personenkreises wurde in ähnlicher Form, sicherlich aus anderen Beweggründen, im Internet als Konsolidierungsvorschlag unterbreitet.

Die Verwaltung sollte im Übrigen auf einige dieser Vorschläge auf der Webseite der Stadt auch antworten.

Frau Paesold:

Die Wohnungen werden in Kooperation mit der DWG bereitgestellt. Angedacht sind 3-Raum-Wohnungen. Die Ämter 80 und 65 werden sich um die weitere Vermarktung des Objekts kümmern. Das Sozialamt hat angezeigt, dass unsererseits keine Nachnutzung erfolgen wird.

Dieser Unterbringungsvorschlag bezieht sich nicht auf den Vorschlag eines Bürgers. Das Sozialamt arbeitet seit ca. einem dreiviertel Jahr an dieser Konzeption der Unterbringung.. Wir sind an einen Vertrag gebunden. Bedacht werden musste auch die Stellungnahme der Polizeidirektion bzw. des Landesverwaltungsamtes zum Vorschlag der dezentralen Unterbringung dieses Personenkreises. Die Frage der Reinickestraße 39 muss auch weiter bedacht werden, da sich die Zuwandererzahlen auch hier verändern.

Herr Schwierz bemerkte, dass seiner Kenntnis nach in der Reinickestraße 39 auch die aufzunehmenden irakischen Christen wohnen.

Frau Paesold erklärte, dass dies eine Zwischenlösung bis zur Bereitstellung geeigneter Wohnungen durch die DWG war. Die Unterbringung dieser Familien im Schwarzen Weg erschien uns gänzlich ungeeignet.

9. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden um 18:15 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 27.07.2010

Hans-Peter Dreibrodt
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer